

§ 129 Verfahren in Hamburg eingestellt.....

Kriminalisierungswelle gegen den Wasserturmwiderstand entpuppt sich als Schlag ins Wasser

Das seit März 2005 gegen acht Beschuldigte laufende Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ist im Herbst vergangenen Jahres von der Staatsanwaltschaft sang- und klanglos eingestellt worden.

Am 4. März 2005 gab es in Hamburg und Lübeck mehrere militante Aktionen gegen das Luxushotel Marriot Treudelberg, das Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel, das Aufsichtsratsmitglied der Patrizia AG und CDU-Schatzmeister Harald Boberg und ein Mövenpickhotel in Lübeck. Es kam zu Glasbruch und farblichen Fassadenverschönerungen. Beim Marriothotel verbrannte ein Carport mit mehreren elektrischen Golfkarren. Erst 4 Tage nach den Aktionen stellte die Lübecker Polizei fest, dass es gegen das Mövenpickhotel offensichtlich 2 Aktionen am selben Tag gegeben hatte. Eine am frühen Abend und eine in der folgenden Nacht.

Zu den Aktionen in Hamburg bekannte sich die Arbeitsgruppe für einen Kolbenfresser im Motor der wachsenden Stadt. Zu einer Aktion in Lübeck gab es eine kurze Erklärung, die am Hotel gefunden wurde.

Nicht einmal zwei Wochen nach diesen Aktionen kam es in Hamburg zu der größten Durchsuchungswelle seit fast 10 Jahren. Bei 11 Hausdurchsuchungen wurden 7 Beschuldigte festgenommen, ed –behandelt und zur Abgabe von DNA-Material gezwungen. Eine weitere Person wurde vom Staatsschutz nicht zu Hause angetroffen. Diesen 8, später 9 Beschuldigten wurde die Bildung einer Kriminellen Vereinigung und die Durchführung aller in Frage stehenden Aktionen vorgeworfen.

Der Hintergrund für diesen Schnellschuss des Hamburger Staatsschutzes dürfte praktisch die Festnahme von zwei GenossInnen in der Nähe des Mövenpick Hotels kurz nach der ersten Aktion in Lübeck gewesen sein. Nach einem Aktenvermerk hatten die beiden vorher an einem vom Verfassungsschutz observierten Treffen teilgenommen. Nachdem die übrigen TeilnehmerInnen dieses Treffens identifiziert worden waren, wurden kurzum alle zur kriminellen Vereinigung erklärt.

Der politische Hintergrund dürfte allerdings in erster Linie für die Massivität des Angriffs auf linke Strukturen in Hamburg verantwortlich sein. Anfangs lag das Interesse der Innenbehörde und des Repressionsapparates darin, den gesamten Widerstand gegen den Umbau des Wasserturms in ein Luxushotel totzuschweigen. Die Innenbehörde versuchte vergeblich der Hamburger Presse einen Maulkorb in diesem Zusammenhang zu verpassen. Nach einer Häufung von militanten Aktionen kam der Staatsschutz zusehends unter Druck, zu Mal die Verfolgungsbehörden schon in den Jahren zuvor keine Ermittlungsergebnisse wegen anderer Aktionen präsentieren konnten.

Nach über 1 ½ Jahren nun haben alle umfangreichen Ermittlungen, Spurenauswertungen und Observationen zu nichts geführt, was auch nur ansatzweise das Konstrukt des Staatsschutzes hätte belegen können. Schon wenige Tage nach den Durchsuchungen hatten die AnwältInnen in einer Presseerklärung geschrieben: *...handelt es sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht um ein Konstrukt des Hamburger Staatsschutzes.*

Völlig unterschiedliche Aktionen verschiedener Gruppen werden wider besseren Wissens willkürlich zusammengefasst und allen Beschuldigten insgesamt zugeschrieben.

Dabei handelt es sich in Wirklichkeit um voneinander völlig unabhängige Aktionen in Hamburg und Lübeck.

Dies ergibt sich schon daraus, dass es zwei verschiedene Anschlagserklärungen gibt...

Genau diese Argumentation nimmt die Staatsanwaltschaft in der Einstellungserklärung auf und benutzt sie, um jetzt das Verfahren möglichst ohne Aufsehen einstellen zu können.

Im Zusammenhang mit den Aktionen der Arbeitsgruppe Kolbenfresser in Hamburg hat der Staatsschutz nichts in der Hand, jedenfalls nichts, was schriftlich festgehalten worden ist. Wegen einer Aktion am Lübecker Mövenpickhotel, die nachts stattgefunden hat, haben sie offensichtlich genauso wenig ermittelt.

Die Konsequenz, die die Nacht vom 3. auf den 4. März 2005 nun haben wird, ist ein Verfahren gegen die beiden GenossInnen, die in der Nähe des Mövenpick Hotels festgenommen worden waren.

...und ein Verfahren wegen Glasbruch am Mövenpickhotel

Zwei Beschuldigten, die in der Nähe des Lübecker Mövenpickhotels festgenommen worden waren, ist im November die Anklageschrift zugestellt worden. Beschuldigt werden sie der „*gemeinschaftlichen versuchten Nötigung in Tateinheit mit Sachbeschädigung und versuchten gemeinschaftlichen Körperverletzung in Tateinheit mit gemeinschaftlicher Nötigung*“ Vermutlich wird der Prozess in den nächsten Wochen vor dem Amtsgericht St. Georg eröffnet werden.

Kurz nach der Aktion in Lübeck waren zwei Personen von einem Hotelangestellten auf der Straße festgehalten worden. Nach einem kurzen Gerangel konnten sie den Mann loswerden. Deutlich später wurden die beiden jetzt Angeklagten in einer Kneipe festgenommen und angeblich als die beiden vorher Verfolgten identifiziert.

Nach jahrelangen Ermittlungen des Staatsschutzes kommt es also jetzt zu einem Verfahren, das im Wesentlichen auf der Aussage eines Hotelangestellten beruht. Nach der Niederlage des Repressionsapparates im Hinblick auf mehrere militante Aktionen ist dieser Prozess das einzige Ergebnis, das Polizei und Justiz erreichen konnten. Gerade weil die beiden die einzigen sind, die jetzt noch beschuldigt sind, steht zu befürchten, dass die Staatsanwaltschaft ein großes Interesse an einer Verurteilung hat, um ihre Niederlage nicht ganz so extrem erscheinen zu lassen.

Die Repression wird nicht nachlassen. Ganz im Gegenteil. Gerade im Hinblick auf die G8 Mobilisierungen sind die Ansagen von BKA, LKA und VS deutlich genug. Mit jeder militanten Aktion, wie zu letzt dem flambierten Auto von Mirow, wächst der Druck auf den Apparat. Unser Ziel muss bleiben, sich weiter zu organisieren, um weiter politisch und praktisch intervenieren zu können und den Druck zu verstärken.

Den Betroffenen von Repression und gerade den vier GenossInnen, die auf ihre Prozesse wegen Widerstand gegen das Hotel im Wasserturm warten, muss unsere praktische Solidarität gelten. Achtet auf Terminankündigungen und kommt zu den Prozessen.

Hamburg, Januar 2007

Antirepressionsgruppe